

WOLFRAM ADOLPHI

Eigentlich beginnt das Fragen erst. Zur Konferenz »Die russischen Revolutionen von 1917« vom 7. bis 9. März in Elgersburg

»Bis 1989 wurden alle Erfolge des Sozialismus auf die Oktoberrevolution zurückgeführt, seither geschieht dasselbe mit all seinen Mißerfolgen.« Und weil das so ist, könne – so Theodor Bergmann (Stuttgart) in seiner Einleitungsrede weiter – überhaupt nicht die Rede davon sein, daß eine Auseinandersetzung mit den nun 80 Jahre zurückliegenden Revolutionen des Jahres 1917 etwa an Aktualität verloren habe. Dies fand natürlich die ungeteilte Zustimmung der 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Rußland und China, Japan und Großbritannien, Ungarn und den USA, Schweden und Israel, aus der Schweiz und aus Deutschland.

Indes: Das Interesse von Wissenschaftlern ist das eine, die öffentlich-gesellschaftliche Debatte ein anderes. Einer der russischen Teilnehmer machte dies gleich zu Beginn deutlich, als er darauf hinwies, daß keine der großen russischen Zeitungen dem 80. Jahrestag der Februarrevolution – mithin jenes Ereignisses, dessen Neu-Deutung Mitte der achtziger Jahre zu einem zentralen Feld der gesellschaftswissenschaftlichen Perestrojka in der Sowjetunion geworden war – irgendeine Beachtung beigemessen hat!

Also Wissenschaftlerdisput im luftleeren Raum? Wer will da ein Urteil fällen. Die Fülle der Fragen, die in Elgersburg gestellt wurden von Leuten, die fast alle schon einmal Antworten hatten, und die Unterschiedlichkeit der Antwortversuche, zu denen man gelangte, signalisieren: Die Deutung der russischen Revolutionen von 1917 steht in einem Neuanfang. Und dieser hat seine Wurzeln ursächlich nicht in den Köpfen der Wissenschaftler, sondern in den Verhältnissen an diesem Jahrhundertende: Auf das Scheitern der Revolution folgte in den neunziger Jahren nicht erfolgreicher Aufbruch, sondern dramatische Konfliktzuspitzung. Der Geschichtsinteressierte nun empfindet den daraus erwachsenden Druck vielleicht auf ganz spezifische Weise. Denn dieser Druck trifft sich für ihn mit einem anderen: mit dem, der bezüglich dieser Revolutionen vom Nicht-Gewußten, vom Verschlotten-Gehaltenen, vom immer und immer wieder Instrumentalisierten und Verfälschten ausgeht. Darüber zu reden, war Elgersburg günstiger Ort.

Genius loci Elgersburg

Sie hatten eine überaus glückliche Hand mit ihrer Entscheidung, die Organisatoren *Theodor Bergmann*, *Mario Keßler*, *Gert Schäfer* und *Jochen Cerny*, zur Revolutionsdebatte ins »Hotel am Wald« in Elgersburg einzuladen. Denn so saß man genau dort zusammen, wo

Wolfram Adolphi – Jg. 1951, Diplom-Staatswissenschaftler, Dr. sc. phil. mit Arbeiten zur Außenpolitik der VR China und zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen; freiberuflich tätiger Journalist, Mitarbeiter der Redaktion UTOPIE kreativ.

im Jahre 1925 in den Räumen einer einst privaten Kurvilla das neben dem »Barkenhof« in Worpswede einzige Kinderheim der Roten Hilfe Deutschlands eröffnet worden war. Und am Abend des 7. März entfaltete sich im Gespräch der Tagungsteilnehmer mit alten Elgersburger Kommunisten ein Geschichtspanorama, wie es in der Verquickung von Lokalem und Internationalem in der Revolutionsgeschichte kaum beeindruckender hätte entstehen können.

Nur kurz und ganz unvollständig sollen hier Eckpunkte des Gesprächsabends skizziert sein: 1922 bis 1930 Elgersburg eine »rote Hochburg« in Deutschland mit einem kommunistischen Bürgermeister; dessen Wissen um verkaufswillige Villenbesitzer; die listige Herbeiführung eines wasserdichten Kaufvertrages – denn »natürlich« (aber vergeblich) hatte der Landrat von Ilmenau die Einrichtung eines Rote-Hilfe-Heimes verhindern wollen; die Eröffnungsveranstaltung für das Heim 1925 auf dem Ilmenauer Marktplatz mit über 3000 Teilnehmern; deren gemeinsamer Marsch hinauf nach Elgersburg; die nie endenden Auseinandersetzungen mit den Behörden um einen ungestörten Kurbetrieb für die Kinder von ermordeten und eingekerkerten Arbeitern; die Solidarität der Geraberger Porzellanhersteller, die das Heim bis 1932 kostenlos mit Geschirr versorgten, und der Bauern Ostpreußens, die einen Waggon mit Kartoffeln sandten. Und dann: 1929 der fast geschlossene Übertritt der Elgersburger KPD-Gruppe 1929 in die KPD (Opposition); 1930 die Auswanderung einer ganzen Gruppe von Elgersburger kritischen Kommunisten – darunter des Bürgermeisters – in die Sowjetunion; 1937 das Verschwinden etlicher von ihnen in den Gulags. Und nun: *Alexander Watlin* (Moskau), seit Jahren intensiv mit Forschungen zum Schicksal deutscher Auswanderer in die Sowjetunion in den dreißiger Jahren befaßt, legt ein aus den Ermittlungsakten des NKWD stammendes Foto einiger Elgersburger vor. Und es wird nachvollziehbar, wie dieses Foto aus dem Besitz des einen zum Todesurteil für die anderen wurde.

Und die da zusammensaßen im modernisierten alten Rote-Hilfe-Heim, stehen selbst für ganz unterschiedliche Wege kommunistischen und sozialistischen Denkens und Handelns: die alten Elgersburger, die sich der Eröffnung des Rote-Hilfe-Heims erinnern und des Übertritts ihrer Väter und Onkel in die KPD (O) und in der DDR Arbeiter und SED-Mitglieder waren; *Fritz Nicolaus Platten* (Zürich), in den Achtzigern stehender Sohn des legendären, später in der Sowjetunion erschossenen Lenin-Vertrauten Fritz Platten, nach Elgersburg gekommen mit einem Tagungsbeitrag, dessen die schier unglaubliche Dichte eigener tragischer Lebenserfahrung aufnehmende sowjetunion- und sozialismuskritische Schärfe selbst im insgesamt ohnehin sehr kritischen Beratungsklima für einige Irritationen sorgte; der ebenfalls über achtzig Jahre alte *Wolfgang Ruge* (Potsdam), zu den führenden Sowjetunion-Historikern der DDR zählend und in Elgersburg erstmals öffentlich über seine Gulag-Erfahrungen sprechend; *Theodor Bergmann*, der dritte der vor der Oktoberrevolution geborenen Tagungsteilnehmer, kritischer Kommunist sein Leben lang, Fritz Nicolaus Plattens tiefem Pessimismus auch in diesen Elgersburg-Tagen mit

einem trotz aller Erfahrung sehr grundsätzlichem Geschichtsoptimismus belegend.

So bescherte Elgersburg Geschichtsstunden voller wohl unwiederbringlicher Emotionen und voller Individualität. Geschichtsstunden, die – und natürlich hat das mit der Oktoberrevolution und dem von ihr geprägten Sozialismus zu tun – so in der DDR nie hätten stattfinden können. (Man lese – zum Beispiel – nur nach, was das »Sachwörterbuch der Geschichte« vom Dietz Verlag 1969 zur KPD (O) zu sagen hatte.)

Und das achtungsvolle Gesprächsklima des Abends wurde auch zum bestimmenden der wissenschaftlichen Debatte. Es lag viel Weisheit in der Bereitschaft aller, geduldig und aufmerksam zuzuhören und unterschiedlichste Auffassungen gelten zu lassen – die Weisheit, zu wissen, daß das diskutierte Ereignis zu gewaltig war, um es in kurzen Sätzen – und vielleicht sogar »endgültig« – charakterisieren zu können.

Ein Jahrhundert der Revolutionen – oder der Kriege?

Um der Fülle des angebotenen Materials Herr zu werden, hatten sich die Organisatoren entschlossen, die Tagung in fünf Sitzungen zu unterteilen. In der ersten Sitzung wurde der Versuch unternommen, sich einigen Grundsatzfragen der Revolutionscharakterisierung und -einordnung zuzuwenden. Und schon da wurde deutlich, daß eigentlich alles erst – oder wieder – am Anfang ist. Zwei gegensätzliche Standpunkte trafen aufeinander: *Roy Medwedew* (Moskau) vertrat die Auffassung, es sei weitestgehend Konsens, daß es sich bei der Oktoberrevolution um das größte Ereignis und bei Lenin um den einflußreichsten Politiker des Jahrhunderts gehandelt habe. *Alexander Kan* (Uppsala) hingegen hielt die beiden Weltkriege für die entscheidenden Jahrhundertereignisse. Der Erste Weltkrieg habe die Voraussetzungen für die Revolution geschaffen, er habe Europa in Aufruhr versetzt, alle Werte umgestoßen, und die Roheit des Krieges habe auch die Roheit der Revolution bestimmt. Wolfgang Ruge trat Medwedew zur Seite mit dem weiterführenden Gedanken, daß 1917 die Oktoberrevolution Jahrhundertgeschichte gemacht habe und heute der Zusammenbruch des sozialistischen Systems ein nicht weniger Jahrhundertgeschichte bestimmendes Ereignis sei.

Medwedew skizzierte dann als in der russischen Geschichtswissenschaft offene Fragen: Ob es sich 1917 um eine einzige Revolution oder um zwei voneinander getrennte Revolutionen – eben die Februar- und die Oktoberrevolution – gehandelt habe? Ob Rußland sich mit der Revolution nach vorn oder zurück entwickelt habe? Warum der Zarismus so schnell zusammengebrochen sei? Ob die Bolschewiki nicht zu rasch die sozialistische Revolution gewollt hätten? Ob nicht die Wirtschaftspolitik bereits 1918 vom Grundsatz her falsch gewesen sei? Und bei der immer wieder gestellten Frage danach, ob es tatsächlich möglich sei, den Sozialismus in einem Land zu errichten, vertrat er die Auffassung, daß man die Betonung nicht auf »in einem Land«, sondern auf das Verb »errichten« legen müsse. Denn könne man überhaupt eine Gesellschaft »aufbauen« – oder müsse sie nicht vielmehr »sich entwickeln«?

Zu Roy Medwedews Sicht auf die Oktoberrevolution siehe seinen Beitrag »80 Jahre Russische Revolution. Sieg und Niederlage der Bolschewiki«, in: »UTOPIE kreativ«, Heft 77.

Boris Kagarlitzkij (Moskau) wies darauf hin, daß dies die Fragen der Wissenschaftler, keineswegs aber der Politiker Rußlands seien. Die suchten nach wie vor nach einer vordergründigen Selbstlegitimierung per Revolution – was aber zunehmend absurder werde. Jelzin strebe nach einer Anti-Oktober-Legitimation, versuche daher, sich auf die Februarrevolution zu beziehen, könne dies aber nicht konsequent bewerkstelligen, da die Februar- mit der Oktoberrevolution in engem Zusammenhang stehe, und greife nun auf das Rußland vor beiden Revolutionen zurück.

Sorja Serebrjakowa (Moskau) beleuchtete ein anderes Problem eines sich verändernden Gesichtswinkels: Sei nach 1956 zur Bewahrung der Unantastbarkeit Lenins alle Verantwortung für die nachfolgende Entwicklung Stalin zugeschoben worden, so werde heute in umgedrehter Vereinfachung alle Entwicklung Lenin angelastet.

Juri Amiantow – auch er aus Moskau – widmete sich in seinem Tagungsbeitrag den Forschungsmöglichkeiten, die sich aus einem stark verbesserten Zugang zu den Archiven ergeben. Insbesondere die Dokumente der Menschewiki sowie der neben Bolschewiki und Menschewiki tätigen Parteien und politischen Organisationen böten zahlreiche neue Einsichten in die Vorgänge der Jahre 1917/18.

Wladislaw Hedeler (Berlin) steuerte dazu Überlegungen zur Kritik von Zereteli an der Politik der Bolschewiki vom 4. April 1917 bei.

Horst Schützler (Berlin) präsentierte Forschungsergebnisse, die demnächst in dem von ihm gemeinsam mit Sonja Striegnitz und Wladislaw Hedeler herausgegebenen Band »Die russische Revolution von 1917: Wegweiser oder Katastrophe?« ausführlich nachzulesen sein werden. Im Umgang mit der Revolution macht Schützler eine Krise der russischen Historiographie aus – eine Krise, aus der ein Ausweg mit methodologischem Pluralismus gesucht werde, innerhalb dessen neue bestimmende Linien erst wenig erkennbar seien. Natürlich gebe es neue Deutungsmacht-Dominanzen, die die Revolution auf den Begriff »Putsch der Bolschewiki« reduzieren. Zugleich aber entwickle sich ein Bemühen zum Beispiel um Einordnung der Revolution in die Zivilisationsgeschichte, um eine bessere Klärung der Zusammenhänge zwischen Krieg und Revolution, um die Beschäftigung mit Alternativen zum Weg der Bolschewiki – festgemacht etwa an den Namen Kerenski, Kornilow oder Martow – oder um eine tiefergehende Analyse des Verhältnisses zwischen innerrussischen und internationalen Entwicklungen.

Die Frage, ob die Oktoberrevolution eine sozialistische oder eher eine bürgerliche Revolution war, stand im Mittelpunkt der Beiträge von *Michail Woejkow* (Moskau) und *Tamás Krausz* (Budapest). Beide kamen zu keiner eindeutigen Antwort. Während Woejkow sich dem Thema jedoch politik-historisch zuwandte, arbeitete Krausz einen ökonomischen Ansatz heraus. Es sei schwierig, aus der Analyse der ökonomischen Verhältnisse heraus einen antikapitalistischen und antibürokratischen Charakter der Revolution nachzuweisen. Man müsse dann aber die Frage stellen, ob denn in

Von Boris Kagarlitzkij ist in »UTOPIE kreativ«, Heft 77, der Beitrag »Lehren der Russischen Revolutionen und die Diskussionen in Rußland heute« nachzulesen.

Sorja Serebrjakowas Beitrag »Stalins Fälschung von Dokumenten des Jahres 1917« siehe »UTOPIE kreativ«, Heft 77.

Rußland je Marktwirtschaft wie die deutsche oder französische möglich gewesen sei? Wohl nicht, denn Rußland liege am Rand, nicht im Zentrum der Weltwirtschaft. Das habe schwerwiegende Konsequenzen – unter anderem die, daß auch die autarkie-orientierte Stalinsche Wirtschaftspolitik als Antwort auf weltwirtschaftliche Strukturen begriffen werden müsse.

Rolle der Massen – Parteienkämpfe – Alternativen

Horst Schützler schaltete sich in die Debatte um den Charakter der Revolution noch einmal mit dem Hinweis ein, daß einige russische Historiker verstärkt auf die allgemeine Lebenskrise der Menschen 1917 und auf den daraus erwachsenden massenhaften Wunsch nach Zerschlagung der alten Ordnung aufmerksam machen. Dieser Wunsch sei nicht mit sozialistischen Interessen identisch gewesen. Das hätten die Bolschewiki auch gewußt – und daher unter bürgerlich-demokratischen Losungen gesiegt. Dennoch sei der Umsturz mehr gewesen als die Erfüllung dieser Losungen.

Gert Schäfer (Hannover) warnte vor dem Versuch, mit den Begriffen »sozialistisch« oder »bürgerlich-demokratisch« eine wie auch immer geartete »Klarheit« herbeiführen zu wollen. Die Entwicklung sei vielgestaltig und durch fließende Übergänge geprägt gewesen. Noch viel genauer müsse man erforschen: Was dachten die Akteure der Revolution, was planten und taten sie? Und dann müsse – in sorgfältiger Unterscheidung – dagegengestellt werden, was wir aus heutiger Erfahrung mit dem Blick auf die unumstößlichen Resultate sehen und beurteilen.

Sonja Striegnitz (Berlin) eröffnete die zweite Sitzung mit einem Beitrag, in dessen Mittelpunkt sie das Agieren der »Massen als Träger der Revolution« stellte. Es sei nun endlich die Aufgabe zu leisten, zu analysieren, wie sich die verschiedenen Parteien in den verschiedenen Revolutionsabschnitten den Forderungen der Massen gestellt hätten. Ein interessantes Beispiel biete die Entwicklung der Sozialrevolutionäre im April/Mai 1917: Indem sie die massenhafte Forderung nach »Sozialisierung des Bodens« zu ihrer eigenen gemacht hätten, seien ihnen in kurzer Zeit viele neue Mitglieder zugewachsen. Die Koalitionsbereitschaft mit der Provisorischen Regierung habe dann aber die Verwirklichung dieses Programmpunktes unmöglich gemacht.

Beiträge zum Nachdenken über Alternativen leisteten *Wladislaw Goldin* (Archangelsk) und *Michael Wegner* (Jena). Goldin zeichnete ein Porträt des zu den Begründern der Narodniki-Bewegung zählenden Nikolai Wassilewitsch Tschaikowski, der die Februarrevolution als »seine« Revolution begrüßt und die Oktoberrevolution vehement abgelehnt habe und dessen Traum von einer gegen die Bolschewiki gerichteten demokratischen Bewegung im Feuer des Bürgerkriegs untergegangen sei. Wegner präsentierte eine Analyse der Auseinandersetzung zwischen Gorki einerseits und Lenin und Stalin andererseits über die Gorkischen »Unzeitgemäßen Gedanken« der Jahre 1917/18. Die Formulierungen Gorkis über die Nutzung des »Asiatischen« in der russischen Gesellschaft durch die Bolschewiki für die Festigung ihrer Macht aufgreifend kam Wegner zu dem Schluß, daß sich nach 1929 dieses »Asiatische«

»Der vorstehende Text steht für den Autor in einer besonderen bio-bibliographischen Kontinuität. Verfaßt im Nachdenken über das Wirken der Russischen Revolution in diesem Jahrhundert, stellen sich an dessen Ende völlig andere Fragen als noch Jahrzehnte zuvor. Für den Autor und seinesgleichen, geboren ein Jahr nach dem Ende des Hitlerfaschismus, aufgewachsen in einem sozialistischen Elternhaus, sozialisiert und politisch geprägt von dem wohl hoffnungsvollsten Jahrzehnt der DDR, den sechziger Jahren, stand der Weg der Geschichte, der seit der Oktoberrevolution zwangsläufig zum Sozialismus zu führen schien, nicht in Frage. Strittig waren Zeiträume, Widerstände, Wege.« – Klaus Kinner in einer zum Text gehörigen »Nachbemerkung« zu seinem schriftlich eingereichten Elgersburger Konferenzbeitrag »Fanal und Trauma. Die KPD und die Russische Revolution – Zehn Jahre danach«.

vollständig durchgesetzt und alles Emanzipatorische der Revolution zunichte gemacht habe.

Die Nationalitätenfrage

Daß der Nationalitätenfrage eine zentrale Rolle in der Revolutions- und Sozialismusgeschichte zukommt, wurde in Elgersburg in lebhafter Diskussion bestätigt.

Karl-Heinz Gräfe (Dresden) befaßte sich mit dem Versuch der Errichtung der Wolga-Ural-Republik der Tataren und Baschkiren 1918 und dem Zerbrechen dieses Versuches im Bürgerkrieg. Lenin, so sagte er, habe es für möglich gehalten, in Verarbeitung dieser und anderer Erfahrungen die 1922 gegründete UdSSR wieder »zurückzudrehen«, das heißt, sie durch einen wirklichen Föderalismus mit tatsächlicher Selbständigkeit aller in der Föderation zusammengeschlossenen Republiken zu ersetzen. Stalins »Autonomie«-Modell hingegen habe mit Föderalismus nichts zu tun gehabt.

Ronald Löttsch (Berlin) stimmte der positiven Bewertung der Leninschen Nationalitätenprogrammatisierung zu, machte aber auf Schwächen ihres inneren Gefüges aufmerksam. Keinesfalls könne Lenin als Theoretiker der nationalen Frage gelten – denn wäre er ein solcher gewesen, hätte er nicht »so unbekümmert« mit den Termini umgehen können. Vielmehr sei er ein vehementer Verfechter einer pragmatischen Lösung gewesen – und als solcher völlig richtig für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eingetreten. Die Politik Stalins freilich habe alle diesbezüglichen Ansätze zunichte gemacht.

Dave Hollis (Nürnberg) hielt dem entgegen, daß das von Lenin proklamierte Selbstbestimmungsrecht mehr Fragen aufgeworfen als Probleme gelöst habe. Der Marxismus sei prinzipiell nicht mit der nationalen Frage klargekommen, weil er ein imaginäres »Interesse der Arbeiterklasse« erkläre und dies über alle anderen Interessenlagen erhoben habe. Insofern seien die Vorgänge in der Ukraine und in Georgien zur Unterdrückung von Selbstständigkeitsbestrebungen schon vor 1921 völlig logisch gewesen. Und: Der zusammengebrochene Sozialismus habe das Nationalitätenproblem nicht nur nicht gelöst, sondern in noch verschärfter Weise als Erbe hinterlassen.

In der Diskussion zu diesen Beiträgen warf *Monty Johnstone* (London) die Frage auf, ob das Selbstbestimmungsrecht der Nationen nicht schon dadurch unterhöhlt worden sei, daß regionale (nationale) Parteiführungen als selbstständige Führungen von Beginn an nicht zugelassen worden seien. *Boris Kagarlitzkij* vertrat die Auffassung, daß das Selbstbestimmungsrecht dann, wenn es durch die Eliten formuliert und durchgesetzt und nicht in demokratischer Bewegung von unten eingefordert werde, immer zweischneidig und gefährlich bleibe. *Tamás Krausz* vermochte in der gesamten Geschichte des Sozialismus kein einziges Beispiel für eine demokratische Realisierung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen zu erkennen.

Bei solch einer absoluten Formulierung wollte es *Alexander Kan* jedoch nicht belassen. Er machte folgende Argumentationslinie

»Bezogen auf die Geschichtswissenschaft forderte der Verf. im November 1989:

»Es muß gebrochen werden mit einer Sicht auf die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die das Traditions- und Selbstverständnis der sogenannten Thälmannschen Parteiführung, das konkret historisch zu bewerten ist und das zu unserer Tradition gehört, mit größeren oder kleineren Korrekturen bis in die Gegenwart fortgeschrieben hat. Wir haben alle Fraktionskämpfe in unserer Geschichtsschreibung bis in die Gegenwart nachgefochten. Alle Versuche, das zu ändern, wurden zurückgeschlagen. Retuschen wurden angebracht, wo Rekonstruktion notwendig war. Wir brauchen ein grundsätzlich neues Traditionsverständnis von der Geschichte der Arbeiterbewegung in unserem marxistisch-leninistischen Sinne.«
Diese Forderungen, die heute als weltfremd und als verspätet erscheinen mögen, zeigen vor allem, daß sie innerhalb des marxistisch-leninistischen Paradigmas verblieben, wenngleich schon weit entfernt von der scholastischen Enge der siebziger Jahre. Postmortale Besserwisser mögen bedenken, daß es auch im historischen Erkenntnisprozeß einen Unterschied macht, ob der Diagnostiker Krankheits-symptome – auch zurückliegende – als überwundene und überwindbare Krisen betrachtet oder in ihnen die fortschreitende Metastasierung sieht, die zwangsläufig zum Tode führen muß. Das eigentliche Problem liegt zwischen diesen Extremen.« – Klaus Kinner, ebenda.

auf: Wenn Lenin irgendwo tatsächlich demokratisch und sozialistisch gewesen sei, dann in der Nationalitätenfrage. Natürlich gebe es viele unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe, aber immerhin: Die Sowjetunion habe als genau diese Staatsform die Probe im Zweiten Weltkrieg ausgehalten. Und dies müsse man heute in einen Zusammenhang stellen mit der Friedlichkeit ihres Zerfalls. Man bedenke doch: Als die Russen zu Beginn der neunziger Jahre die anderen Republiken der Sowjetunion los sein wollten, da ging dieser Prozeß am Ende dieses Jahrhunderts, das so reich an Blutvergießen ist, friedlich vor sich!

Gert Schäfer schloß sich der Hollis-Auffassung an, daß die nationale Frage bisher kaum mit dem marxistischen Begriffsapparat beherrscht werde. Man habe keine überzeugende Antwort darauf, wann die nationale Frage wirklich eine große, alles andere überlagernde Frage sei. *Karl-Heinz Gräfe* stellte das Leninsche Herangehen dann in einen Bezug zu Nationalitätenentwicklungen anderswo: Lenin habe möglicherweise das Modell einer Langzeit-Assimilation wie in den USA vor Augen gehabt. Dies gerecht zu bewerten, heiße auch, sich andere Vorgehensweisen vor Augen zu führen – etwa die »Glattmachungspraxis« in der Nationalitätenfrage in Frankreich und in Großbritannien.

Die zweite Sitzung beschloß ein Beitrag von *Wadim Telizyn* (Moskau) zur Agrarfrage in der Revolution.

Hoffnung oder Hoffnungslosigkeit?

»In der formellen Rehabilitierung – ein Beileid wurde nicht ausgesprochen – von Ministerpräsident Bulganin des Jahres 1956 hieß es noch wahrheitswidrig, er sei einer ›Herzschwäche‹ erlegen. Viele Jahre später sollte die angebliche ›Herzschwäche‹ durch ›erschossen worden‹ in der Sowjetpresse berichtigt werden.« – Fritz Nicolaus Platten in Anm. 8 zu seinem Elgersburger Konferenzbeitrag. »War Lenins Transit im ›plombierten Wagen‹ auch für Fritz Platten eine Sternstunde?«. Die Textstelle, auf die sich die Anm. 8 bezieht, enthält den Bericht, daß Fritz Platten »nach vier Jahren erlittener Gulag-Strafe ausgerechnet an Lenins Geburtstag erschossen« wurde.

Außerhalb aller Sitzungsthematik trug *Fritz Nicolaus Platten* seinen Beitrag vor. Drei Seiten Text mit sechzehn Seiten Anmerkungen. Gedrängteste und dennoch minutiös aufgearbeitete, aufs sorgfältigste recherchierte Geschichte: zum einen der dramatischen Höhepunkte im Leben des Vaters Fritz Platten (8. Juli 1883-22. April 1942) (Zitat: »einer unter den diversen Orwellschen ›Unpersonen‹ der ›Zimmerwalder Linken‹«), des Mannes also, der – wieder Zitat – »im April 1917 Lenin nach Rußland brachte« und später in der Sowjetunion ebenso ermordet wurde wie seine zweite Ehefrau Berta Platten-Zimmermann (27. September 1902-14. November 1937), die jahrelang als Sekretärin von Ossip Pjatnizki und Abramow-Mirow gearbeitet hatte, und zum anderen des nicht weniger dramatischen Kampfes von Fritz Nicolaus Platten um die Rehabilitierung von Fritz und Berta Platten 1956 und gegen die »erstaunliche Vernebelung der Wahrheit«. »Bitter ist die Feststellung«, schloß Fritz Nicolaus Platten seine kurze Rede, »daß aus der angeblichen ›Befreiung des Proletariats‹ am Ende bloß wieder eine ekelerregende ›Neue Klasse‹ entstanden ist, und daß niemand nach diesem ideologischen Desaster des Marxismus-Leninismus noch an Bucharinsche Träume von einer ›klassenlosen kommunistischen Gesellschaft‹ glauben oder [eine solche] zukünftig erhoffen kann! Fortan, infolge des Charakters der Menschen, werden wir verdammt sein, ewig in einer ›unvollkommenen Gesellschaft‹ zu leben.«

Theodor Bergmann wollte diesen Pessimismus nicht teilen. In seinem Einleitungsbeitrag zur dritten Sitzung, die sich den internationalen Wirkungen der russischen Revolutionen widmete, machte

er deutlich, warum: Wem, so sagte er, der Stalinsche Weg als einziger Weg zum Sozialismus erschien, der müsse nach dessen Zusammenbruch verzweifeln. Wer aber auch andere als diesen Weg in Betracht gezogen habe, der könne jetzt neue Hoffnung schöpfen. Geschichtliche Grundlage solcher Hoffnung sei unter anderem die weltweite Wirkung der Ereignisse von 1917. Sie sei eine andere, viel weiter greifende gewesen als jene, die nachher in der Politik der Komintern instrumentalisiert worden sei. Und die Zeit, die seither vergangen ist, sei historisch zu kurz, um von einem endgültigen Scheitern auch all dieser anderen Anstöße sprechen zu können.

Zu einem ähnlichen Resultat gelangte *Klaus Kinner* (Leipzig). Für ihn – so führte er aus – stelle sich Geschichte als ein Prozeß dar, der nicht nur nach vorn, sondern auch »nach hinten« offen sei: Neue geschichtliche Erfahrung gebe auch dem Blick zurück neuen Anstoß, neuen Maßstab. Gescheitert sei der Parteikommunismus – ist damit aber die Geschichte des Kommunismus insgesamt einfach die Geschichte des Scheiterns? Die Revolution sei vor allem legitime Antwort auf eine von allen – zum Beispiel auch von den ganz und gar nicht-kommunistischen Anhängern der Auffassung vom »Untergang des Abendlandes« – als katastrophal empfundene Weltlage gewesen. Bei weitem nicht nur die Kommunisten hätten es Anfang der zwanziger Jahre für sehr wahrscheinlich gehalten, daß der Kapitalismus sehr bald zusammenbrechen werde, und in der Sowjetunion den möglicherweise erfolgreichen Versuch des Beweises der Überlegenheit sozialistischen Wirtschaftens gesehen. Dann aber hätten sich der Fortführung der Revolution eine Fülle von Hindernissen entgegengestellt – und es gehöre nun zu den spannendsten Fragen der Revolutionsgeschichte überhaupt, welche Rolle der Deutungsmacht über die Revolution beim Versuch der Überwindung dieser Hindernisse zugekommen sei. Das Jahr 1927 sei in dieser Hinsicht ein Schlüsseljahr gewesen: Einerseits habe die Alternative zum Kapitalismus des Westens bereits 10 Jahre existiert, andererseits sei die Weltrevolution so weit entfernt gewesen wie nie zuvor seit 1917. Damit sei die Deutungsmacht über die Revolutionen von 1917 zur existentiellen Frage für die KPdSU (B) und die Komintern geworden. Die Kampagne »10 Jahre Sowjetunion« sei zu einem Musterbeispiel für die Apparatisierung gesellschaftlicher Entwicklung und die Herausbildung unangefochtener Deutungsmacht geworden. Die KPD habe sich an diesem Prozeß beteiligt: Die Entwicklung eines geradezu religiösen Verhältnisses zur Sowjetunion sei zum Ersatz dafür geworden, daß in der Weimarer Republik die Revolutionsmöglichkeiten in immer weitere Ferne rückten. Und die damit verbundene Kritiklosigkeit habe die einseitige Stalinsche Deutungsmacht mit Langzeitwirkung befördert.

Zu einem bisher noch kaum beachteten Thema – der Wirkung der Revolutionen auf die osteuropäische jüdische Arbeiterbewegung – äußerte sich dann *Mario Keffler* (Berlin). Bereits die Februarrevolution habe alle 650 Gesetze, die das Zarenreich zur Unterdrückung der Juden in Kraft gesetzt hatte, abgeschafft, aber: Die auf sie folgende Freiheit habe auch den Antisemiten freien Raum gegeben.

»Obwohl ich die Rehabilitierung durch die Sowjetregierung im ›Volksrecht‹ bekanntgegeben hatte, brachte es das ZK unter der Führung seines Generalsekretärs Edgar Woog der kommunistischen ›Partei der Arbeit der Schweiz‹ fertig, Bulganins Version nicht zu akzeptieren und eine eigene, humanere Rehabilitierung zu fabrizieren: ›Genosse Fritz Platten starb im Jahre 1943 (sic), kurze Zeit nachdem er aus dem Gefängnis (sic) entlassen worden war. [...] Die Genossin Berta Zimmermann war während des Krieges (sic) fälschlicherweise der Spionage beschuldigt, verhaftet und erschossen worden.« ... »Im Jahre 1952 verkündete Konrad Farner, Leiter der ersten Arbeiterdelegation in die UdSSR, auf meine schriftliche Anfrage im Zürcher Kongreßhaus öffentlich, mein Vater lebe, es gehe ihm gut, auch seine Frau lebe noch; beide hätten einen Zwangsaufenthalt etwa 90 km von Moskau entfernt, wenn auch getrennt an verschiedenen Orten.« – Fritz Nicolaus Platten, ebenda.

»[Dmitri] Wolkogonow prophezeite, daß ihm das Buch über Lenin [Lenin – Utopie und Terror, Düsseldorf 1994] viele Feinde schaffen werde. Aber in seinem Trotzki-Portrait [Trotzki – Das Janusgesicht der Revolution, Düsseldorf 1992] stellte er zwingend fest, daß Leninismus, Trotzkiismus und Stalinismus Zweige des russischen Marxismus seien und daß diese Zweige dieselbe Wurzel hätten: »Sie setzten auf gesellschaftliche Gewalt, sie sind überzeugt von der absoluten Wahrheit einer einzigen Ideologie, überzeugt davon, daß es rechtens ist, über das Schicksal von Millionen von Menschen zu entscheiden«. Zu diesen Verblendeten zählten auch Bucharin und Platten. Sie alle hatten Diktatur und Roten Terror gepriesen und sind an ihrer Lehre zugrunde gegangen. Ihre Rehabilitation befreit sie nicht von der Mitschuld an ihrem eigenen Schicksal. Sie hatten den Terror gegen Andersdenkende gebilligt, dann waren sie selber dran gekommen, weil auch sie ein bißchen ›anders‹ dachten.« – Fritz Nicolaus Platten, Anm. 60, ebenda.

Den Beitrag von Herbert Mayer siehe »UTOPIE kreativ«, Heft 76.

Die Zeit zwischen April und November 1917 sei so zu einer Zeit beispielloser Pogrome geworden. Die Oktoberrevolution habe diesen Zustand zu beenden versucht, der Bürgerkrieg dann zu neuen Pogromen geführt. Zu einer dauerhaften Verbindung zwischen Bolschewiki und revolutionsorientierten jüdischen Organisationen sei es nie gekommen – vor allem, weil die Bolschewiki davon ausgegangen seien, daß mit dem Sieg ihrer Revolution die Grundlagen des Antisemitismus von selbst verschwinden würden. Der Stalinismus aber habe gezeigt, daß dies nicht der Fall war. Die Sowjetunion habe sich als unfähig erwiesen, der durch den Faschismus heraufziehenden Bedrohung der Juden in Europa etwas entgegenzustellen.

Zheng Yifan (Peking) widmete sich in seinem Beitrag den Wirkungen der Oktoberrevolution auf Revolution und sozialistischen Aufbau in China und machte den chinesischen Umgang mit der Sowjetunion an zwei gegensätzlichen Lösungen fest: an der von »Rußland als Lehrer« und der von der »Sowjetunion als warnendes Beispiel«. Erst 1979 habe sich China wirklich vom Stalinismus lösen können, und heute sei mit aller Deutlichkeit der Beweis erbracht, daß eine Revolution nur dann erfolgreich sein könne, wenn sie ganz den Bedürfnissen des jeweiligen Landes entspreche.

Hans Piazza (Leipzig) spannte den Bogen vom Einfluß der Revolution auf China zum Einfluß auf die koloniale und halbkoloniale Welt überhaupt, und *Herbert Mayer* (Berlin) beschäftigte sich mit den Reaktionen der Sozialdemokratie auf die Oktoberrevolution.

Ein »riesiger linker Seitensprung« und »Betriebsunfall des Marxismus«?

In der vierten Sitzung – unter das Thema »Revolution-Krieg-Ökonomie« gestellt und mit nur zwei Rednern eindeutig zu dünn besetzt – nahm zunächst *Matityahu Mayzel* (Tel Aviv) das Wort. Die Februar- und die Oktoberrevolution – so seine These – seien zwei militärische Revolutionen gewesen. Bereits 1916 hätten die militärischen Eliten in Rußland einen Putsch geplant. Im Februar 1917 sei es das militärische Oberkommando gewesen, das ein Ultimatum zum Rücktritt des Zaren gestellt habe. Die Soldaten – und in gewisser Weise auch die Offiziere – hätten sich als besondere »Agenten der Revolution« erwiesen. *Francis King* (London) widmete sich dann dem Zusammenhang zwischen der Leistungsfähigkeit der von der Revolution hervorgebrachten Wirtschaft und dem Erfolg der Revolution. Da die Revolution keine wirklich neue Wirtschaft geschaffen und die Wirtschaftsschwäche sich als systemimmanent erwiesen habe, sei das Scheitern unumgänglich geworden. Dies wollte Boris Kagarlitzkij in solcher Absolutheit nicht stehen lassen. Im Zweiten Weltkrieg habe sich die sowjetische Wirtschaft als effektiv erwiesen – dies dürfe nicht ausgeblendet werden.

Wolfgang Ruge machte in der Diskussion geltend, daß Lenins Wirtschaftspläne nur im Zusammenhang mit dessen Glauben an die Entstehung eines »völlig neuen Menschen«, der dann seinerseits eine neue Ökonomie schaffen werde, verständlich sind. Und

Klaus Kinner ergänzte, daß es guten Grund gebe, diesen Glauben an den »neuen Menschen« nicht oberflächlich abzutun: Schließlich sei er das Resultat von 200 Jahren Geschichte der Aufklärung in Europa gewesen.

Die fünfte Sitzung zu »Bilanzen und Ausblicken« wurde eingeleitet mit einem Beitrag von *Monty Johnstone* zum Einparteiensystem.

Dann unternahm *Alexander Kan* den Versuch einer komplexeren Bestimmung des Platzes des stalinistischen Sozialismus in diesem Jahrhundert. Dieser Sozialismus habe dem faschistischen Überfall widerstanden und sich danach in Osteuropa ausgebreitet und sei ein Stück Wirklichkeit mit viel Positivem gewesen. Sein endgültiges Versagen sei im Wettstreit mit der kapitalistischen Welt dann offenbar geworden, als es für alle galt, die zweite wissenschaftlich-technische Revolution zu meistern. So könne man heute also wohl feststellen: Der real existierende Sozialismus habe historisch genau zwischen die Kriegsökonomie des Imperialismus und die zweite wissenschaftlich-technische Revolution, die einen isolierten Gesellschaftsaufbau unmöglich macht, gepaßt. Die Oktoberrevolution sei ein »riesiger linker Seitensprung« der Menschheitsgeschichte gewesen. Vergleiche man sie mit der französischen Revolution von 1789, so stünden einem Jahr Jakobinerdiktatur 10 Jahre bolschewistische Parteiendiktatur und 10 Jahren Napoleonischer Herrschaft 50 Jahre stalinistischer Herrschaft gegenüber. Der russische Thermidor der Gegenwart sei das Kind des Niedergangs der Sowjetunion. Die Oktoberrevolution sei in vielfacher Hinsicht ein »letztes«: die letzte Revolution in Europa, das letzte soziale Zwangsexperiment, der letzte proletarische Aufstand und der letzte Bauernkrieg. Der russisch-chinesische Revolutionszyklus müsse als Fortsetzung des europäisch-amerikanischen (atlantischen) Revolutionszyklus betrachtet werden. Für Mittel- und Westeuropa werde sich ein neuer Zyklus ergeben – ein Zyklus, der möglicherweise rechtsextreme Züge aufweisen werde.

Wolfgang Ruge setzte sich ausführlich mit dem Antiemanzipatorischen der Sozialismusedwicklung auseinander. Menschen »einordnen«, ihnen »einen Platz in der Gesellschaft zuweisen« – das sei oft auch für den Einzelnen verlockend, scheinbar Sicherheit bietend, in der Konsequenz aber entwicklungsfeindlich, stagnationsfördernd gewesen. Was aber bedeute diese Einsicht praktisch? Wie können heute bessere revolutionäre Programme entwickelt werden? Nur eine vorrevolutionäre Zeit kenne Interessenidentitäten, die gemeinsames Handeln ermöglichen. In nachrevolutionärer Zeit indes dominiere die Interessendifferenzierung – was wir gegenwärtig deutlich erlebten.

Als »Betriebsunfall des Marxismus« charakterisierte *Yehuda Wallach* (Tel Aviv) die Oktoberrevolution, zitierte Heine mit dessen Furcht davor, daß der Kommunismus zur »Pöbelherrschaft« werden könnte, und dem gleichzeitigen Bekenntnis, daß er dennoch »eine eigenartige Anziehungskraft« ausübe, und plädierte dann dafür, die oft gestellte Frage auch wiederholt stellen zu dürfen: Wie denn die Geschichte verlaufen wäre, wenn die erste Revolution »planmäßig« in Westeuropa ausgebrochen wäre?

Den Beitrag von Gert Schäfer siehe vorliegendes Heft.

Die nicht weniger oft gestellte Frage danach, ob die Oktoberrevolution ein »Modell« für den Westen gewesen sei, beantwortete *William A. Pelz* (Chicago) dahingehend, daß es sich um ein zerstörerisches Modell gehandelt habe. *Narihiko Ito* (Kamakura) verwies jedoch darauf, daß Rosa Luxemburg und viele andere oft genug davor gewarnt hatten, in der Oktoberrevolution irgendeine Art von »Modell« sehen zu wollen. *Gert Schäfer* beschloß die Debatte mit seinem Beitrag »Die Oktoberrevolution im Urteil westlicher kommunistischer Dissidenten«.

Ausblick? Der steht noch aus!

So anregend und vielgestaltig die Elgersburger Debatte war: Sie war vor allem eine rückblickende, »aufarbeitende«. Wie denn auch anders: Nur vereinzelt waren ja Fünfzig- und Vierzig-, geschweige denn gar Dreißigjährige unter den Teilnehmern zu finden. Auch fehlte – aus welchen Gründen auch immer – alle fordernde Rückkopplung mit der Politik.

So waren es lediglich zwei kurze Einwürfe aus den Reihen derer, die nicht mit vorbereiteten Beiträgen erschienen waren, die das Manko markierten: *Susann Zimmermann* (Wien/Budapest) meinte, man müsse den Ansatz der »nachholenden Entwicklung«, der das sozialistische Wirtschaften von Anfang an bestimmt habe, viel grundsätzlicher in Frage stellen, als das bisher geschehen sei. Schon 1923 habe es andere Pläne gegeben, die aber nie zum Tragen kamen, und diese anderen Pläne, diese wirklichen Alternativen zum kapitalistischen Weg, stünden heute endgültig auf der Tagesordnung – nicht nur in der Dritten Welt, wo das längst augenfällig sei. Und *Ulrich Weiß* (Berlin) sekundierte ihr: Mit Taylorismus sei Sozialismus nicht machbar. In ihm gebe es nichts Emanzipatorisches. Und auch der Fordismus habe nicht »nachgeholt« werden können. Die Zeit sei reif für wirkliche Alternativen: Alternativen in der Produktionsweise und in der Selbstverwaltung der Arbeiter. Erst dies könne Sozialismus werden – und diese Erkenntnis müsse heute auch den Rückblick bestimmen.

Erste Ideen für eine Folgekonferenz? Der Jüngeren und – vielleicht auch – Jungen? Wie auch immer: In Elgersburg ist ein großer, auch für Kommendes und Weiterführendes wichtiger Forschungs- und Erfahrungsschatz zusammengetragen worden. Hoffentlich wird er bald ausführlich im Tagungsband nachzulesen sein.